

# Staatlichkeit und Gewalt

Sabine Kurtenbach

Die Etablierung eines zentralen Gewaltmonopols gilt gemeinhin als Inbegriff konsolidierter Staatlichkeit. Als Modell fungiert der Webersche Anstaltsstaat mit seinem Gewalt- und Steuermonopol sowie deren demokratischer Legitimierung (Weber 1972). Ob und unter welchen Bedingungen sich diese Form der staatlichen Gewaltkontrolle unter historisch und kulturell anderen Voraussetzungen reproduzieren lässt, steht im Mittelpunkt zahlreicher Debatten (Fischer/Schmelzle 2009; Wulf 2007). Lateinamerika ist eine Region des Globalen Südens, die mittlerweile auf über zweihundert Jahre staatliche Unabhängigkeit zurückblickt, die aber dennoch nur begrenzt dem europäischen Modell der Staatsbildung folgt (Kurtenbach 1991, 2016). In den zwischenstaatlichen Beziehungen gibt und gab es vor allem in den ersten Dekaden nach der Unabhängigkeit Kriege und Gewaltkonflikte. Im 20. Jahrhundert dominierten dagegen innerstaatliche Kriege und staatliche Repression. Trotz Demokratisierung und Beendigung zahlreicher Kriege bleibt Lateinamerika auch im 21. Jahrhundert die gewalttätigste Region der Welt. Kolumbien spiegelt diese lateinamerikanischen Entwicklungen überwiegend wieder und ist damit ein besonders wichtiger Fall, an dem sich die vielfältigen Interaktionen zwischen Staatlichkeit und Gewalt analysieren lassen. Die historische und aktuelle Entwicklung des Landes steht beispielhaft für die Problemlagen und Herausforderungen von Staatsbildungsprozessen im globalen Süden, die von Kolonisierung, Dekolonisierung und überwiegend internen Kriegen geprägt sind.

In Kolumbien dominierten schon im 19. Jahrhundert interne Kriege – eine Entwicklung, die weltweit erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorherrschend wurde. Zwischenstaatliche Kriege führte Kolumbien nur 1827 mit Bolivien gegen Peru, 1863 gegen Ecuador und 1932 abermals gegen Peru. Alle diese Kriege waren kurz und führten nicht zu einer Wiederholung des „europäischen Modells“ der Staatsbildung durch externe Kriege und interne Ressourcenextraktion (Centeno 2002, 2003). Die Entwicklungen in Kolumbien zeigen den Zusammenhang und die wechselseitige Beeinflussung spezifischer Formen der Gewalt mit der Durchset-

zung von Staatlichkeit. Der folgende Beitrag analysiert die unterschiedlichen Phasen der Entwicklung von Staatlichkeit und Gewalt. Der Fokus ist dabei auf die Entstehung von Konflikten im Prozess des sozialen Wandels gerichtet. Diese Perspektive ermöglicht die Analyse der Mobilisierung für die Gewalt und die unterschiedlichen Bemühungen diese einzudämmen.

## **Der Staat der regionalen Eliten<sup>1</sup>**

Kolumbien erreichte seine staatliche Unabhängigkeit 1810 im Verbund mit Venezuela und Ecuador unter der Führung von Simón Bolívar. Nach dem Scheitern Großkolumbiens 1830 etablierte sich der kolumbianische Staat (zu dem bis 1903 Panama gehörte) in den kolonialen Verwaltungsgrenzen. Verschiedene Versuche zur territorialen Neugestaltung scheiterten nach der Unabhängigkeit vor allem am Widerstand regionaler und lokaler Eliten. Auch wenn die formale Ausgestaltung von Staatlichkeit an den Vorbildern Europas und der USA ausgerichtet war, unterschieden sich die internen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse grundlegend. Nach wie vor dominierte der in der Kolonialzeit erworbene agrarische Großgrundbesitz, die staatliche Präsenz außerhalb der urbanen Zentren war gering. Regionale Eliten, ihre Interessen und Konflikte, bestimmten die Entwicklungslinien von Staatlichkeit und Gewalt während der ersten hundert Jahre Unabhängigkeit (González González 2014).

Mitte des 19. Jahrhunderts organisierten sich die regionalen Eliten politisch in der Liberalen und der Konservativen Partei. Die Haltung zum Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche war dabei das wichtigste Unterscheidungskriterium. Während die Liberalen für eine Säkularisierung und Enteignung der katholischen Kirche eintraten, wollten die Konservativen die enge Kooperation zwischen Staat und Kirche der Kolonialzeit fortsetzen. Die politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen den regionalen Eliten dominierten bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Zwischen 1850 und 1885 kontrollierte der radikale Flügel der Liberalen Partei die Zentralregierung in Bogotá. Sie enteigneten den umfangreichen Landbesitz der katholischen Kirche und setzten auf einen starken Föderalismus. Der Zentralstaat erhob noch nicht einmal theoretisch den Anspruch auf eine Monopolisierung der Gewaltmittel. Ein Ge-

---

1 Dieser Abschnitt basiert im Wesentlichen auf Kurtenbach (1991, 2013).

setz vom April 1854 erlaubte praktisch jedem Bürger den Kauf von und Handel mit Waffen, sowie das Tragen von Waffen aller Art. Die liberale Verfassung von Rionegro 1863 reduzierte das zentralstaatliche Militär auf eine Art Präsidentengarde. Die Provinzen durften dagegen nach eigenem Ermessen Armeen aufstellen. Die Zentralregierung musste bei bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der Provinzen strikte Neutralität wahren. Diese Politik an sich war abgesehen von der Kirchenpolitik zwischen den Parteien konsensfähig und nicht umstritten. Die Stärkung der Regionen kam allen Großgrundbesitzern zugute und widersprach deren Interessen nicht. Im Rahmen der Ausdehnung der Agrarexporte, deren Konjunkturen unterschiedliche Regionen Kolumbiens favorisierten, war dieser Föderalismus durchaus funktional. Innerhalb der Regionen dienten die bewaffneten Auseinandersetzungen und das vergleichsweise sehr früh (1854) eingeführte allgemeine Männerwahlrecht, der klientelistischen Integration der Bevölkerung entlang parteipolitischer Linien. Die politischen Parteien verfügten über bewaffnete Armeen, die Bevölkerung wurde zum Teil zwangsrekrutiert, zum Teil durch die weitverbreitete Gewalt zur Parteinahme für die eine oder andere Seite gezwungen, weil nur dies Schutz bot. Die wiederkehrenden Kriege trugen maßgeblich dazu bei, die Parteizugehörigkeit im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu entpersonalisieren, das heißt von der Gefolgschaft für einzelne Führer unabhängig zu machen. Es entstanden zwei Subkulturen, die das Land in zwei Lager spalteten und in deren Rahmen die beiden Parteien (und nicht die kolumbianische Nation) der zentrale Kristallisationspunkt der politischen Primärsozialisierung über den lokalen Rahmen hinaus wurden.

1886 setzte sich dann unter Führung der Konservativen mit der sog. *Regeneración* erstmals ein zumindest im Ansatz nationales Projekt durch, das den Einfluss des Zentralstaats bzw. die Macht der Konservativen Partei mit einer autoritären Verfassung und Sonderrechten des Präsidenten stärkte. Die Reformen der Liberalen wurden rückgängig gemacht, die kulturelle, politische und wirtschaftliche Macht der katholischen Kirche wiederhergestellt. Der Präsident ernannte alle Gouverneure, so dass selbst traditionell liberale Regionen einen konservativen Gouverneur bekamen. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der regionalen Eliten und den unterschiedlichen Flügeln der Parteien waren damit aber nicht beendet. Im Gegenteil: im August 1899 begann einer der blutigsten Kriege der kolumbianischen Geschichte – im “Krieg der 1000 Tage” starben circa 100.000 Menschen (bei einer Bevölkerung von damals

knapp über 4 Mio.). 1903 wurde die Provinz Panama mit Unterstützung der USA unabhängig.

In der Folgezeit erlebte Kolumbien eine Phase der ökonomischen Modernisierung, des sozialen Wandels und des politischen Friedens. Die von den USA gezahlte Entschädigung (25 Mio. US-Dollar) für die Abspaltung Panamas sowie der Anstieg der Exporte – und damit der Zölle und Abgaben – ermöglichten erste Investitionen in die ökonomische Infrastruktur, den Bau von Straßen, Häfen, Eisenbahnnetzen und Telegrafleitungen. Das Banken- und Finanzsystem wurde ebenso modernisiert wie das Militär. Städte und regionale Zentren gewannen an Bedeutung. Reformen im politischen System ermöglichten nach 1905 den Machtwechsel zwischen Liberaler und Konservativer Partei ohne Rückgriff auf Gewalt. Da beide Parteien stets ein sehr breites Spektrum an politischen Strömungen mit radikalen und gemäßigten Fraktionen oder Flügeln aufwiesen, waren Bündnisse über die Parteigrenzen hinweg möglich. Die zentrale Reform dieser Zeit sehen Mazzuca und Robinson (2009) in der Einführung des Proporzwahlrechts. 1905 wurde das Mehrheitswahlrecht abgeschafft und das „unvollständige Votum“ eingeführt, gemäß dem – unabhängig vom Wahlergebnis – die stärkere Partei zwei Drittel, die unterlegene ein Drittel der Mandate erhielt. 1929 wurde diese Quotierung dann zugunsten der vollständig proportionalen Vergabe der Sitze abgeschafft.

Im Kontext des sozialen Wandels entstanden aber auch neue soziale Kräfte und politische Projekte – etwa die Sozialistische Partei. Aufgrund der starken klientelistischen Verankerung der beiden traditionellen Parteien, gab es – im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern – kaum erfolgreiche Abspaltungen. Die Liberale Partei öffnete sich für neue städtische Gruppen und nahm in ihrem Programm von Ibagué 1922 Forderungen nach Arbeitsschutzbestimmungen und sozialer Verteilung auf. Mobilisierung und Protest erfassten zunehmend auch die Kaffeezonen und die Exportenklaven, wo Arbeitskräfte knapp wurden (Bergquist 1978; LeGrand 1992). Die Weltwirtschaftskrise verschärfte die mit diesen sozialen Auseinandersetzungen verbundenen Verteilungskonflikte. Der Zusammenbruch des internationalen Kreditmarktes beendete den Ausbau der Infrastruktur, der steigende brasilianische Kaffeeexport drückte die Weltmarktpreise. Und so nahmen die Konflikte auch im ländlichen Raum zu.

Obwohl Kaffee zum wichtigsten Exportprodukt Kolumbiens aufstieg, verzichteten die kolumbianischen *cafeteros* im Gegensatz zu den Eliten in anderen Ländern Südamerikas auf die Kontrolle des Staatsapparates.

1927 schufen sie mit der *Federación Nacional de Cafeteros de Colombia* (FNCC) eine Art Parallelstaat, der ihnen die Kontrolle des Kaffeesektors ermöglichte. Damit entstand eine Form der Trennung von Politik und Wirtschaft, die nicht auf einer relativen Autonomie des Staates gegenüber den ökonomisch dominanten Gruppen beruhte, sondern auf einem mehr oder minder expliziten "Verzicht" der Kaffeeoligarchie auf die Besetzung des Staatsapparates. Eine Kontrolle des Staates war nicht nötig, da die Expansion des Kaffeeanbaus bis weit ins 20. Jahrhundert auf der Basis traditioneller Anbaumethoden erfolgte – extensiv und mit geringem Technologieeinsatz. Die Produktionskosten waren sehr niedrig, weil die *campesinos* neben dem Kaffeeanbau Subsistenzwirtschaft betrieben, d.h. sie waren nur marginal in die Geldwirtschaft integriert, ihr Konsum veränderte sich kaum, sie waren nicht die Basis für die Entstehung eines Binnenmarktes. Dadurch ergab sich eine hohe Anpassungsfähigkeit an die Schwankungen der Weltmarktpreise, die die Kleinbauern wirkungsvoll in das bestehende Modell integrierte. Diese integrative Kraft bildete über Jahrzehnte hinweg das wichtigste Hindernis für die Herausbildung horizontaler, d.h. an gemeinsamen wirtschaftlichen oder sozialen Interessen orientierter, Organisationen in den Kaffeezonen.

Andere Exportprodukte standen unter Kontrolle US-amerikanischer Firmen und ihres Kapitals. Bei den Bananenenklaven der Karibikküste war dies die United Fruit Company, bei der Ölförderung im Grenzgebiet zu Venezuela Standard Oil und Tropical Oil. Die Arbeitsbedingungen in den Enklaven waren schlecht, Streiks und Forderungen nach höheren Löhnen wurden in den 1920er Jahren von Polizei und Militär blutig niedergeschlagen. Den streikenden Arbeitern im Bananensektor hat Gabriel García Márquez in *Hundert Jahre Einsamkeit* ein literarisches Denkmal gesetzt. In den folgenden Jahrzehnten veränderten sich die Konfliktmuster allerdings. Die Auseinandersetzungen im Agrarsektor zwischen Großgrundbesitzern und Kleinbauern bzw. Pächtern und Tagelöhnern sowie die Frage der politischen und sozialen Partizipation neu entstehender sozialer Gruppen lösten die Konflikte zwischen den verschiedenen Fraktionen der Oligarchie als zentrales Konfliktmuster ab.

## Blockierte Modernisierung

Mit nur kurzen Unterbrechungen und mit wechselnder Intensität erlebt Kolumbien seit Mitte des 20. Jahrhunderts zahlreiche interne Gewaltkonflikte. Die strukturellen Konfliktursachen hängen alle mit einer blockierten Modernisierung zusammen – der bis heute ungelösten Landfrage und den Forderungen nach politischer und sozialer Partizipation jenseits des oligarchischen Demokratiemodells.

Während seiner ersten Amtszeit von 1932 bis 1938 nahm Präsident López Pumarejo – zumindest verbal – zahlreiche Forderungen oppositioneller Kräfte auf. Die wichtigsten Elemente seiner Politik der *Revolución en Marcha* waren eine Agrar- und Steuerreform, eine Veränderung der Verfassung mit Wiedereinführung des allgemeinen Männerwahlrechts sowie eine aktive Gewerkschaftspolitik. Dies rüttelte zwar nicht an den Grundfesten des Systems, stieß aber dennoch auf den erbitterten Widerstand nicht nur der Konservativen, sondern auch eines Großteils der liberalen Oligarchie, und schon nach kurzer Zeit scheiterte diese Reformpolitik an einem entscheidenden Punkt. Für eine Durchsetzung seines Programms der staatlichen sozialen und ökonomischen Intervention hätte die Regierung die Kontrolle über das Steuereinkommen aus dem Exportsektor erlangen müssen, das in den Händen der *cafeteros* lag. Dies misslang, als López Pumarejo vergeblich versuchte, in den Gremien der *Federación Nacional de Cafeteros* eine staatliche Mehrheit durchzusetzen. Unter seinem Nachfolger Eduardo Santos (1938-1942) gab der Staat die Kontrolle über die Exportgewinne endgültig auf. Die Kontrolle über den 1940 gegründeten *Fondo Nacional del Café*, der aus einer nun gestiegenen Exportsteuer finanziert wurde, blieb in den Händen der FNCC, deren Mitglieder mehrheitlich per Kooptation bestimmt wurden. Ein Mechanismus, den der kolumbianische Historiker Marco Palacios als „Rad der Glückseligkeit“ beschrieben hat (Palacios 1979: 319). Damit verzichtete der kolumbianische Staat de facto auf das Steuermonopol und trat den größten Teil seiner potentiellen Einkünfte an die Interessenvertretung der Kaffeeoligarchie ab. In einer exportorientierten Ökonomie, in der das Haupteinkommen des Staates von den Exportsteuern abhängt, kommt dies der „Privatisierung“ der zentralen Staatseinkünfte gleich.

Eine letzte Hoffnung auf kontrollierten Wandel bildete für viele Menschen dann im Jahr 1948 die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Oppositionspolitikers Jorge Eliécer Gaitán für die Liberale Partei. Gaitán

hatte sich als Anwalt von Gewerkschaften und mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber der wachsenden Gewalt im Agrarsektor einen Namen gemacht. Seine Ermordung am 9. April 1948 mitten im Zentrum der Hauptstadt war der "Tropfen", der das Fass zum Überlaufen brachte und der Beginn der *Violencia*. Fast eine Dekade lang herrschte in weiten Teilen des Landes das Recht des Stärkeren, brach die fragile staatliche Ordnung zusammen (González González 2014; Oquist 1978).

Einige Zahlen veranschaulichen das Ausmaß der daraus resultierenden humanitären Katastrophe: etwa 200.000 Menschen starben und zwei Millionen Menschen wurden durch die Kampfhandlungen und "Säuberungen", die denen aktuellerer Vorkommnisse an Grausamkeit in nichts nachstehen, vertrieben. Sind diese Schätzungen korrekt – ein Register gab es damals nicht – so starben über 5 % der damaligen Bevölkerung Kolumbiens (1951: 3,75 Mio.) in der *Violencia*, über 50 % wurden vertrieben. Auch hier gilt, was Stathis Kalyvas (2006) für den griechischen Bürgerkrieg festgestellt hat – die Gewalt in unterschiedlichen Regionen und Kommunen folgte nicht allein einem "Meta-Narrativ", d.h. einer Neuauflage des Konflikts zwischen den beiden Parteien. Vielmehr gab es eine Verbindung zahlreicher, von Region zu Region unterschiedlicher Dynamiken und Ursachen. Dazu gehören private Fehden ebenso wie materielle, ideologische oder parteipolitische Konflikte (Comisión de Estudios sobre la Violencia 1968).

Beendet wurde die Auseinandersetzung auf der parteipolitischen Ebene durch die Schaffung der Nationalen Front (*Frente Nacional*) 1958, ein System des institutionalisierten Parteienproporzes, das heute als *Power-sharing* bezeichnet würde. Alle Ämter in Regierung, Verwaltung und Justiz auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene wurden paritätisch zwischen Liberaler und Konservativer Partei aufgeteilt. Das Amt des Präsidenten wechselte alle vier Jahre zwischen beiden, bei den regelmäßig stattfindenden Wahlen wurde lediglich die Frage entschieden, welche Richtung sich innerhalb der Parteien durchsetzen konnte. Andere Parteien konnten zwar bei Wahlen kandidieren, mussten dies aber auf den Listen der Konservativen oder Liberalen Partei tun (Dix 1980; Hartlyn 1988).

Dieses System ermöglichte die Modernisierung der klientelistischen Basis des Zweiparteiensystems, weil jeglicher Posten in der expandierenden Staatsbürokratie an die Mitgliedschaft in einer der Parteien gekoppelt war: Damit erfolgte vor allem in den Städten eine Modernisierung und Erneuerung des Patron-Klient-Verhältnisses. Die "Dienstleistung" des Pa-

trons bestand darin, Zugang zu Posten im Staatssektor, staatlichen Krediten etc. zu schaffen, während die Klienten ihm nach wie vor als soziale Basis und Wählerpotential dienten. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit diente gleichzeitig der Kontrolle der dort Beschäftigten und erfolgte nicht aufgrund einer gestiegenen Autonomie des Staatssektors gegenüber den die Exporte kontrollierenden Gruppen, sondern in Abhängigkeit von diesen. Gleichzeitig "depolitisierte" die Nationale Front den alten Gegensatz zwischen den Parteien und schwächte somit dessen identitätsstiftende und integrierende Kraft (Leal Buitrago 1987, 1989).

Dies und der voranschreitende Prozess des sozialen Wandels schufen neue Konflikte. Der Ausschluss aller nicht in den traditionellen Parteien organisierten Akteure und die Kriminalisierung jedweder Form von Opposition waren zentrale Grundlage und Rechtfertigung für andauernde Gewalt im ländlichen Kolumbien und die Entstehung neuer Gewalt in den Städten (Pizarro Leongómez 1989). Der bewaffnete Kampf war für all die Kräfte, denen es um eine Veränderung des gesellschaftlichen Status quo ging, vielfach die einzige Option. Vor allem auf dem Land bestanden Strukturen der bäuerlichen Selbstverteidigung fort, bis heute hat die größte Guerillagruppe, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – *Fuerzas Armadas Revolucionaria de Colombia* (FARC) – hier ihre Basis. In den 1960er Jahren entstanden dann, zum Teil unter Bezugnahme auf andere Entwicklungen in der Welt auch in den Städten neue Guerillagruppen, die sich entweder wie das Nationale Befreiungsheer *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) am Beispiel der Kubanischen Revolution oder wie das Volksbefreiungsheer *Ejército Popular de Liberación* (EPL) an Maos langem Marsch orientierten. Getragen wurden diese Gruppen zum Großteil von Studierenden und Intellektuellen; im Kern waren sie undemokratisch, elitär und dogmatisch, weshalb sie keine Massenbasis aufbauen konnten (Mansilla 1990).

Dennoch bedrohte die Guerilla das bestehende Gesellschaftssystem in den 1960er und 1970er Jahren nicht, sondern stabilisierte das System der Nationalen Front sogar. Die wirkliche oder vermeintliche Bedrohung durch die Guerilla ermöglichte der Regierung die fast permanente Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes, der wiederum die Verfolgung und Repression auch der unbewaffneten Opposition erlaubte. Ab 1968 erlaubte ein Gesetz abermals die Bewaffnung der Zivilbevölkerung zur Aufrechterhaltung der "institutionellen Stabilität" – wodurch eine juristische Grundlage für die Entstehung paramilitärischer Organisationen ge-



schaffen war, deren zentrales Selbstverständnis das der Anti-Guerilla war (Romero 2003a, 2003b). Dieser explizite Verzicht auf das staatliche Gewaltmonopol – ähnlich wie im 19. Jahrhundert – schuf eine Grundlage für die zunächst anhaltende und seit den 1980er Jahren ausufernde Gewalt, die Kolumbien abermals an den Rand des Staatskollaps führte (González González 1988).

### **Zwischen Friedenssuche und Militarisierung**

Seit der Präsidentschaft von Belisario Betancur (1982-1986) bemühten sich alle kolumbianischen Regierungen um eine Beendigung der internen Gewalt. Die dabei verfolgten Strategien unterschieden sich aber grundlegend. Friedensverhandlungen unterschiedlicher Reichweite mit den Guerillagruppen und militärischen Strategen zur Stärkung des kolumbianischen Staates lösten einander ab (Helfrich/Kurtenbach 2006a, 2006b). Belisario Betancur verfolgte einen relativ umfassenden Ansatz, der zum einen die Verbreiterung demokratischer Partizipation auf der lokalen Ebene im Kontext von Dezentralisierung beinhaltete, zum anderen einen frühen Waffenstillstand und die politische Partizipation demobilisierter Guerilleros. Der Friedensprozess weckte große Erwartungen im Hinblick auf grundlegende Reformen für mehr soziale und politische Partizipation. Gerade dafür fehlte dem Präsidenten aber die Unterstützung der traditionellen Eliten und politischen Parteien sowie des Militärs. Schon nach der Unterzeichnung eines ersten Abkommens im September 1984 organisierte sich der Widerstand gegen den Friedensprozess sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in den Reihen des Militärs. Dennoch waren zu Beginn der 1990er Jahre einige Friedensbemühungen erfolgreich. Die Regierungen Barco (1986-1990) und Gaviria (1990-1994) schlossen Abkommen mit der Bewegung 19. April (*Movimiento 19 de abril*, M-19) und einigen kleineren Gruppen. Deren Demobilisierung erfolgte zwar ohne direkte Konzessionen, die Zustimmung zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung 1990 steht aber im Kontext dieser Gespräche und der Mobilisierung der kolumbianischen Zivilgesellschaft. Die eigentlich auf mehr Partizipation zielende Dezentralisierungspolitik der Regierung Betancur dynamisierte die bewaffneten Auseinandersetzungen erheblich. Die Verlagerung staatlicher Kompetenzen und Finanzen auf die lokale Ebene machte die Kontrolle der lokalen Verwaltungsebene für bewaffnete Ak-

teure jedweder Couleur interessant. In den 1990er Jahren eskalierte die Gewalt, die Zahl der bewaffneten Akteure nahm zu und immer mehr Teile des Landes – und in wachsendem Ausmaß auch der Städte – waren betroffen. Neben den Guerillagruppen und den staatlichen Sicherheitskräften dynamisierte insbesondere die wachsende Zahl paramilitärischer Gruppen den bewaffneten Konflikt.

Der Aufschwung des Drogenhandels und -anbaus verschaffte den bewaffneten Gruppen (Guerilla und Paramilitärs gleichermaßen) finanzielle Ressourcen zum Ausbau ihrer territorialen Präsenz und militärischen Kapazitäten. Die Schwäche des kolumbianischen Staates und die Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Drogenkartellen beschleunigte die Krise des politischen Systems, die Mitte der 1990er Jahre während der Präsidentschaft von Ernesto Samper (1994-98) einen Höhepunkt erreichte. Der Konflikt um die Finanzierung seines Wahlkampfes mit Drogengeldern paralyisierte das Land und bot mit dem dadurch entstehenden Machtvakuum allen bewaffneten Akteuren einen idealen Hintergrund zur Intensivierung ihrer Aktivitäten. Die Gewaltspirale bewegte sich abermals in erschreckender Weise nach oben: In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden jährlich etwa 30.000 Menschen ermordet, Entführungen wurden zu einem der einträglichsten Wirtschaftszweige und fast täglich fanden irgendwo im Land Massaker statt (Human Rights Watch 1998; Thoumi 2003).

Die internationale Aufmerksamkeit für die Gewalt in Kolumbien nahm ebenso zu wie das Engagement und die Forderungen zivilgesellschaftlicher Gruppen nach deren Beendigung. Der Wahlkampf war entsprechend vom Thema Frieden geprägt. Noch vor seinem Amtsantritt traf sich Andrés Pastrana 1998 medienwirksam mit dem legendären Chef der FARC Manuel Marulanda, um Friedensgespräche einzuleiten. Die Regierung demilitarisierte ein Gebiet in der Größe der Schweiz, was Kritiker als weiteres Anzeichen für die mangelnde Kontrolle des staatlichen Territoriums hielten. Die Gespräche scheiterten letztlich daran, dass beiden Seiten eine Vorstellung zum Ziel der Verhandlungen jenseits der Sonntagsreden von Frieden und Entwicklung fehlte. Ähnlich wie in den 1980er Jahren verfügten die Befürworter von Gesprächen außerdem im eigenen Lager nur über begrenzten Rückhalt. Und schließlich bereiteten sich sowohl Regierung als auch FARC parallel zum Dialog auf die Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzung vor.

Das Scheitern des Friedensprozesses läutete eine neue Runde der Gewalt ein. In den vergangenen Jahrzehnten sind unter dem Deckmantel des Krieges über sieben Millionen Menschen vertrieben und über 200.000 getötet worden. Verantwortlich für die Gewalt waren aber nicht die Guerillagruppen alleine, sondern auch paramilitärische Gruppen und auch die staatlichen Sicherheitskräfte (González et al. 2003; Grajales 2011; Human Rights Watch 2016). 2002 wurde mit Álvaro Uribe ein Vertreter jener Regionaleliten in den Präsidentenpalast gewählt, der auf eine repressive Strategie gegenüber der Guerilla setzte und strukturelle Reformen im Agrarsektor vehement ablehnte. Mit der Politik der "demokratischen Sicherheit" stärkte die Regierung Uribe die repressiven Fähigkeiten des kolumbianischen Staats, auch wenn sie ein Gewaltmonopol nicht durchsetzen konnte. Zwar gelang es die FARC militärisch zu schwächen, besiegt waren sie aber nicht (Corporación Nuevo Arco Iris 2011a, 2011b). Während Uribe die FARC als Bande von Verbrechern und Terroristen titulierte, nahm er mit den paramilitärischen Gruppen Gespräche über deren Demobilisierung auf. Nach offiziellen Angaben gaben 31.000 Kämpfer die Waffen ab, in vielen Regionen agieren allerdings weiterhin bewaffnete Gruppen, die von der Regierung nun als kriminelle Banden (*bandas criminales*) bezeichnet wurden (International Crisis Group 2012).

Juan Manuel Santos, Verteidigungsminister unter Uribe folgte diesem 2010 als Präsident. Zur allgemeinen Überraschung verkündete er im August 2012 die Aufnahme von Friedensgesprächen mit den FARC. Die bis August 2016 in Havanna, Kuba, verhandelte Agenda war insofern sehr umfassend, als sie strukturelle Kriegsursachen wie die fehlenden Perspektiven im ländlichen Raum ebenso beinhaltete wie den Drogenanbau und politische Beteiligungsmöglichkeiten für die demobilisierten FARC-Mitglieder. Sollte das daraus hervorgegangene Abkommen tatsächlich umgesetzt werden, so wäre dies ein wichtiger Schritt zur Stärkung des kolumbianischen Staats.

Zentrale Elemente sind dabei zum einen die Begrenzung und Eindämmung der Gewalt auch anderer Akteure und die Verbesserung der Legitimierung staatlichen Handelns. Dazu gehört auch eine Reform der staatlichen Sicherheitskräfte, deren Handeln an rechtsstaatliche Standards und demokratische Kontrolle gebunden sein muss. Außerdem müssen die zahlreichen Opfer der Gewalt ein Mindestmaß an Gerechtigkeit und Anerkennung erfahren. In erster Linie geht es dabei nicht um strafrechtliche Aufarbeitung, sondern um einen breiten gesellschaftlichen Diskurs,

in dem die unterschiedlichen Erfahrungen eine Stimme bekommen und nicht einseitig die "eine" Geschichte von Konflikt und Gewalt dominiert. Diese Fragen tragen gegenwärtig stark zu Polarisierung der kolumbianischen Gesellschaft bei. Staatsbildung kann im 21. Jahrhundert aber nicht auf Repression gebaut werden. Notwendig ist ein Mindestmaß an Allgemeinwohl und Legitimität staatlichen Handels. Neben der Gewaltkontrolle geht es auch darum, die vielfältigen Ressourcen und den Reichtum Kolumbiens so zu nutzen, dass sie nicht nur einer kleinen Minderheit zugutekommen, sondern eine Friedensdividende für die breite Bevölkerung schaffen. Aktuell macht sich in Kolumbien kaum jemand Illusionen, dass "der Frieden" mit der Unterzeichnung eines Abkommens über Nacht ausbrechen wird. Das ist eine gute Nachricht, weil es zu realistischen Erwartungen und Möglichkeiten der Problembearbeitung führt.

## Literaturverzeichnis

- BERGQUIST, Charles (1978): *Coffee and Conflict in Colombia, 1886-1910*. Durham: Duke University Press.
- CENTENO, Miguel Angel (2002): *Blood and Debt. War and the Nation-State in Latin America*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- (2003): "Limited War and Limited States". In: Davis, Diane E./Pereira, Anthony W. (Hg.): *Irregular Armed Forces and their Role in Politics and State Formation*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 82-95.
- COMISIÓN DE ESTUDIOS SOBRE LA VIOLENCIA (1968): *Colombia. Violencia y democracia. Informe presentado al Ministerio de Gobierno*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- CORPORACIÓN NUEVO ARCO IRIS (2011a): "El declive de la Seguridad Democrática". In: *Arcanos*, 15.
- (2011b): "Balance de las FARC después de 'Jojoy' y los nuevos carteles del narcotráfico". In: *Arcanos*, 16.
- DIX, Robert H. (1980): "Consociational Democracy: The Case of Colombia". In: *Comparative Politics*, 12, 3, S. 303-321.
- FISCHER, Martina/SCHMELZLE, Beatrix (2009): "Building Peace in the Absence of States: Challenging the Discourse on State Failure". <<http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2563/>> (30.11.2016).
- GONZÁLEZ, Fernán E./BOLÍVAR, Ingrid J./VÁZQUEZ, Teófilo (2003): *Violencia política en Colombia. De la nación fragmentada a la construcción del Estado*. Bogotá: Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP).

- GONZÁLEZ GONZÁLEZ, Fernán E. (1988): “¿Hacia un ‘Nuevo Colapso Parcial del Estado?’” In: *Análisis*, 50, S. 5-12.
- (2014): *Poder y violencia en Colombia*. Colección Territorio, Poder y Conflicto. Bogotá: Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP).
- GRAJALES, Jacobo (2011): “The Rifle and the Title: Paramilitary Violence, Land Grab and Land Control in Colombia”. In: *Journal of Peasant Studies*, 38, 4, S. 771-792.
- HARTLYN, Jonathan (1988): *The Politics of Coalition Rule in Colombia*. Cambridge Latin American Studies 66. Cambridge: Cambridge University Press.
- HELFRICH, Linda/KURTENBACH, Sabine (2006a): *Kolumbien – Wege aus der Gewalt: Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte*. Forschung DSF, 5. Osnabrück: Deutsche Stiftung Friedensforschung.
- (Hg.) (2006b): *Colombia: caminos para salir de la violencia*. Madrid/Frankfurt a.M.: Iberoamericana/Vervuert.
- HUMAN RIGHTS WATCH (1998): *War without Quarter. Colombia and International Humanitarian Law*. New York: Human Rights Watch.
- (2016): *World Report 2016*. New York: Human Rights Watch.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP (2012): *Dismantling Colombia's New Illegal Groups: Lessons from a Surrender*. Bogotá/Brüssel: International Crisis Group.
- KALYVAS, Stathis N. (2006): *The Logic of Violence in Civil War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- KURTENBACH, Sabine (1991): *Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika: Ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklung in Kolumbien und Chile*. Münster: Lit.
- (2013): “Staatsbildung und Gewalt in Kolumbien”. In: Graaff, David/Heins, Miriam/Henkel, Cathy (Hg.): *Kolumbien: Vom Failing State zum Rising Star? Ein Land zwischen Wirtschaftswunder und humanitärer Krise*. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, S. 193-208.
- (2016): “State Formation and Patterns of Violence: A Cross Regional Comparison”. In: González Sánchez, Víctor M. (Hg.): *Economy, Politics and Governance: Challenges for the 21<sup>st</sup> Century*. New York: Nova Publishers, S. 85-99.
- LEAL BUITRAGO, Francisco (1987): “La crisis política en Colombia: alternativas y frustraciones”. In: *Análisis Político*, 1, S. 76-88.
- (1989): “El sistema político del clientelismo”. In: *Análisis Político*, 8, S. 8-32.
- LEGRAND, Catherine (1992): “Agrarian Antecedents of the Violence”. In: Bergquist, Charles/Peñaranda, Ricardo/Sánchez, Gonzalo (Hg.): *Violence in Colombia. The Contemporary Crisis in Historical Perspective*. Wilmington: SR Books, S. 31-50.
- MANSILLA, Hugo Celso Felipe (1990): “Los Iluminados y sus Sombras. Crítica de la Guerrilla Latinoamericana 1960-1975”. In: *Nueva Sociedad*, 105, S. 118-129.
- MAZZUCA, Sebastián/ROBINSON, James A. (2009): “Political Conflict and Power Sharing in the Origins of Modern Colombia”. In: *Hispanic American Historical Review*, 89, 2, S. 285-321.
- OQUIST, Paul H. (1978): *Violencia, conflicto y política en Colombia*. Bogotá: Banco Popular.
- PALACIOS, Marco (1979): *El café en Colombia (1850-1970). Una historia económica, social y política*. Bogotá: Presencia.

- PIZARRO LEONGÓMEZ, Eduardo (1989): "Los orígenes del movimiento armado comunista en Colombia (1949-1966)". In: *Análisis Político*, 7, S. 7-31.
- ROMERO, Mauricio (2003a): *Paramilitares y autodefensas 1982-2003*, Bogotá: Temas de hoy.
- (2003b): "Paramilitary Groups in Contemporary Colombia". In: Davis, Diane E./Pereira, Anthony W. (Hg.): *Irregular Armed Forces and their Role in Politics and State Formation*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 178-208.
- THOUMI, Francisco E. (2003): *Illegal Drugs, Economy, and Society in the Andes*. Washington, D.C.: Woodrow Wilson Press.
- WEBER, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Stuttgart: Mohr.
- WULF, Herbert (2007): *Challenging the Weberian Concept of the State: The Future of the Monopoly of Violence*. Brisbane: Australian Centre for Peace and Conflict Studies. <[http://www.mobi.tamilnet.com/img/publish/2008/01/h\\_wulf\\_occ\\_paper\\_9.pdf](http://www.mobi.tamilnet.com/img/publish/2008/01/h_wulf_occ_paper_9.pdf)> (30.11.2016).